Institutionen vermittelt werden. Gigi Tagliapietra weist auf das besondere Potenzial und den Vertrauensbonus der Berufs- und Wirtschaftsorganisationen der KMUs als mögliche Multiplikatoren hin, weiß aber nur zu gut, dass auch in diesen Organen zunächst Entwicklungsarbeit in Sachen Sicherheitswissen geleistet werden muss. „Außerdem sollte man keine Awareness-Kampagnen, sondern solche zur wirtschaftlichen Bedeutung der Sicherheit starten“, meinte er. Klaus Schimmer wiederum liegt viel an Informationskanälen, die jeden einzelnen und damit auch die Mitarbeiter der kleineren Unternehmen erreichen, da deren Verhalten besondere Bedeutung für die Sicherheitssituation in den Betrieben habe. Aus Sicht eines LANline-Redakteurs ließ sich hier noch beisteuern, dass man auch die Medien im Blick behalten muss – immerhin hat sich gerade die Situation der Fachmedien in den vergangenen Jahren vielerorts so sehr verschlechtert, dass mangels Geld und bei verkleinerten Redaktionen nur noch wenige Blätter ihrer Aufgabe als unabhängiger Bewertungsinstanz nachkommen können.

Eine Patentreue gab es am Ende also nicht – nur Anregungen, die Problematik aus verschiedenen Perspektiven in Angriff zu nehmen. Die Industrie allein wird keine Abhilfe schaffen können, sondern nur gemeinsame Bemühungen von Anbietern, Politik und Medien.

Dr. Johannes Wiele

Redakteur LANline und Chairman der Arbeitsgruppe „Information Security Awareness“ der EICAR

Buchbesprechung

Scheja, Gregor: Datenschutzrechtliche Zulässigkeit einer weltweiten Kundendatenbank, Nomos 2006, 307 Seiten, 59 Euro, ISBN: 3-8329-1897-3

Welche praktikablen Alternativen bestehen für an weltweiten Kundendatenbanken

beteiligte Unternehmen um internationale Kundendatentransfers datenschutzrechtlich zulässig durchzuführen, auch wenn im Empfängerland kein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist? Dieser Frage geht der Verfasser in seiner Dissertation in einer umfassenden Darstellung sowohl der betrieblichen als auch datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen nach.

Die Untersuchung widmet sich zunächst der Einführung in die Wettbewerbs- und Wirtschaftssituation multinationaler Unternehmen und Allianzen, welche aus verwaltungsökonomischen Gründen auf die Nutzung weltweiter Kundendatenbanken angewiesen sind. Hierbei werden die Eigenschaften und Merkmale, sowie Aufbau und Anwendungsfelder der Datenbanken vorgestellt. In einem weiteren Schritt wird untersucht, ob und unter welchen Voraussetzungen das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) auf das Betreiben solcher Datenbanken Anwendung findet. Dies wird bejaht soweit die Kundendatenbank von einer im Inland belegenen Niederlassung aus erfolgt oder ein im Drittland belegenes Unternehmen Daten im Inland erhebt und verarbeitet, soweit diese nicht nur zum Zwecke der Durchfuhr durch das Inland transferiert werden. Der Verfasser zeigt in diesem Zusammenhang auf, dass bei der Erhebung personenbezogener Informationen über das Internet durch ein im Drittland belegenes Unternehmen nicht auf die Lokalisation des verwendeten Servers, sondern den Client des dateneingebenden Nutzers abzustellen ist.

Im Hauptteil der Veröffentlichung setzt sich der Autor mit der Grundsatzfrage auseinander, unter welchen Voraussetzungen ein Drittland ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet und welche Alternativen für Unternehmen bestehen, wenn dies nicht der Fall ist. Nach einer Darstellung der Anforderungen an ein angemessenes Datenschutzniveau gemäß § 4b BDSG und der hierzu bisher vorliegenden

positiven Feststellungen für einzelne Länder (Schweiz, Kanada, Argentinien, Guernsey, Isle of Man), sowie des sog. Safe Harbor für US-Unternehmen, wendet sich die Arbeit im Schwerpunkt den Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung nach § 4c Abs. 2 BDSG zu.

In einem umfang- und aufschlußreichen Vergleich stellt der Verfasser hier die von der EU-Kommission und der Wirtschaftsverbände entwickelten Standardvertragsklauseln gegenüber. Er weist nach, dass die von der EU-Kommission entwickelten Standardvertragsklauseln vom 15. Juni 2001 sogar über den Anforderungen der europäischen Datenschutzrichtlinie 95/46/EG liegen. Demgegenüber bleiben die Standardvertragsklauseln der Wirtschaft teilweise unter dem europäischen Datenschutzniveau zurück. Aufgrund der Anerkennung auch dieser Standardvertragsklauseln durch die EU-Kommission dürfen die nationalen Aufsichtsbehörden eine Genehmigung eines Drittlandtransfers auf dieser Basis jedoch dennoch nicht verweigern.

Abschließend befasst sich der Autor mit den Anforderungen an verbindliche Unternehmensregelungen. Hierbei werden exemplarisch die Regelungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft und der Deutschen Telekom Gruppe verglichen. Der Verfasser zeigt auf, dass die verbindlichen Unternehmensregelungen der Versicherungswirtschaft gegenüber denen der Deutschen Telekom AG ein niedrigeres Datenschutzniveau bieten, jedoch beide die Zustimmung des Düsseldorfer Kreises gefunden haben.

Insgesamt bietet die Veröffentlichung einen guten und ausführlichen Überblick über die derzeitigen datenschutzrechtlichen Handlungsalternativen im Falle einer beabsichtigten Nutzung einer weltweiten Kundendatenbank. Sie kann daher für den Praktiker eine wertvolle Unterstützung bei der Entwicklung eigener Lösungen sein.

Gabriela Krader